

*Im Knaur Taschenbuch Verlag sind bereits
folgende Bücher des Autors erschienen:*

Das Koch-Buch

Die Stümper

Die Profitgeier

Die Dilettanten

Schwarzbuch Beamte

Die verblödete Republik

Die geplünderte Republik

Einigkeit und Recht und Doofheit

Euroland

Die rebellische Republik

Die geschmierte Republik

Abgewirtschaftet

Über den Autor:

Thomas Wieczorek, Jahrgang 1953, ist Journalist und Parteienforscher. Nach dem Volkswirtschaftsstudium an der Freien Universität Berlin war er bei der dpa Volontär, politischer Redakteur und Chef vom Dienst und anschließend Leiter des Baden-Württemberg-Büros von Reuters. Als freier Autor arbeitete er u. a. für die *Frankfurter Rundschau*, Deutschlandfunk und den Südwestfunk, seit 1989 auch für das Satiremagazin *Eulenspiegel*. Am Berliner Otto-Suhr-Institut promovierte er über »Die Normalität der politischen Korruption«. Das Spektrum seiner Radio- und Fernsehauftritte reicht von RBB bis Sat1. Thomas Wieczorek hat bereits mehrere Bestseller geschrieben, u. a. *Die verblödete Republik* und *Die geplünderte Republik*.

THOMAS WIECZOREK DIE VOLKSVERBLÖDER

Wie Politiker uns
belügen und betrügen

KNAUR 

Besuchen Sie uns im Internet:
www.knaur.de



Originalausgabe August 2013

Knauer Taschenbuch

© 2013 Knauer Taschenbuch

Ein Unternehmen der Droemerschens Verlagsanstalt

Th. Knauer Nachf. GmbH & Co. KG, München

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf – auch teilweise –
nur mit Genehmigung des Verlags wiedergegeben werden.

Redaktion: Ulrike Strerath-Bolz

Umschlaggestaltung: ZERO Werbeagentur, München

Umschlagabbildung: FinePic®, München

Satz: Adobe InDesign im Verlag

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-426-78615-4

5 4 3 2 1

This land is your land, this land is my land –
this land is made for you and me.

Heimliche US-Nationalhymne, von Woody Guthrie

Die Sängerlegende Bruce Springsteen fügte in seiner
Interpretation hinzu:

Ich sah aber auch bitterarme Leute, die sich fragen:
Ist dieses Land auch für uns gemacht?

Auf Deutsch:

WIR sind das Volk. Aber: Sind wir das noch?

INHALT

Einleitung:

Eigennutz als Grundprinzip der Politik	13
---	----

Die glorreichen Sieben:

Pest, Cholera oder diesmal Malaria?	25
CDU – zwischen Dorfdeppen und Großstädtern	27
CSU – von der Volkspartei zur <i>IG Nörgeln</i>	31
SPD – ist der Ruf erst ruiniert	36
FDP – die Leihstimmenpartei	41
Bündnis 90/Die Grünen – links wählen, rechts leben	44
Die Linke – Traumpaar und Porsche statt Sozialismus	50
Piraten – die Nichtwählerpartei	53

Die Partei als Anfang und Ende von allem 55

Parteien als Gegengewicht zur Demokratie	55
Die Klettertour nach oben – Gewissen als Ballast	57
Interne Hierarchie – Lenin würde blass vor Neid	59

Unbelastet von jeder Kompetenz:

Unsere Politmacher	63
Früher sagte man Scharlatan – heute Experte	64
Experten – die Karnevalsprinzen der Politik	66
Kaninchen aus dem Hut – »Kompetenz« als Bluff	67
Image schlägt Wissen und Intelligenz	70
Kompetenz schadet nur – die Politführer brauchen Stümper	71

Fachpolitiker vom Fach?	
Ist im Jägerschnitzel ein Jäger?	73
Inkompetenz – nicht strafbar, aber grundgesetzwidrig . .	75
Amtssprache Bullshit – lügen, ohne es zu ahnen	77
Was Politiker wirklich beherrschen	78
Berliner Dilettantenstadel – die Allerbesten der Besten	79
Rudelweise Juristen – nicht nur Marke Bayreuth	84
Die wundersame Kostenvermehrung	86
»Keine Ahnung« –	
Inkompetenz produziert Verschwendung	88
Marktwirtschaft live – die Finanzkrise	93
Inkompetenz mit fadem Beigeschmack	95
Die Beraterhorden – Großkotze unter anderen Blinden	98
Und so was regiert uns	101
Die Drahtzieher	101
Abgesägt oder rausgeekelt	145
Belohnte Loyalität	156
Kläffer	166
Dummschwätzer	182
Provinzfürsten	198
Soll das ein Witz sein?	208
Rechtsaußen	214
Die Hintermänner der Politik	223
Die wahren Gesetzemacher – die Lobbyisten	223
Hauptsache, die Kasse stimmt –	
die Geldquellen der Politik	231
Korruption – »Geht nicht, gibt's nicht« – offiziell	242
Die Musik spielt in den Ausschüssen	255

Der Wähler:	
Volkssouverän oder Stimmvieh?	261

Schluss:	
Die Zukunft unserer Demokratie – ein Auslaufmodell?	267

Inkompetenz ist kein Kavaliersdelikt	269
--	-----

Die unterschiedlichen Grundwerte von Wirtschaft und Volk	271
---	-----

Humanismus als wichtigste Kompetenz	273
---	-----

Dank	277
------------	-----

Literatur	279
-----------------	-----

Anmerkungen	283
-------------------	-----

Register	283
----------------	-----

Die Welt wird von ganz anderen Persönlichkeiten regiert,
als diejenigen glauben,
die nicht hinter die Kulissen blicken!

*Benjamin Disraeli,
britischer Premierminister 1868 und 1874 bis 1880¹*

EINLEITUNG: EIGENNUTZ ALS GRUND- PRINZIP DER POLITIK

Auf die Frage, was sein Sohn Roland denn gerade so treibe, pflegte Vater Karl-Heinz Koch stets zu antworten: »Der studiert auf Bundeskanzler.«² Damit traf Papa den Nagel auf den Kopf, und zwar nicht nur für den späteren hessischen Schwarzgeld-Ministerpräsidenten, sondern für einen Großteil der politischen Klasse insgesamt. Gerade unter den jüngeren Politikern denkt kaum einer auch nur im Traum daran, einen ehrlichen Beruf zu ergreifen. Und die Mär vom selbstlosen, um das Gemeinwohl besorgten Staatsmann ist spätestens seit dem Mega-Reibach des Peer Steinbrück nur noch eine Lachnummer. Aber das Volk ist nicht ganz so blöde, wie es sich die politische Klasse erhofft:

»Politiker sind so unbeliebt wie nie zuvor«, ergab eine Untersuchung des Marktforschungsunternehmens GfK. Das Vertrauen der Deutschen in ihre Politiker ist auf einen historischen Tiefpunkt gesunken. In einer Umfrage landen Politiker abgeschlagen auf dem letzten Platz. Nur noch 9 Prozent vertrauen ihnen: Im Vorjahr waren es 14 Prozent. Manager, Werbefachleute und Journalisten schneiden ebenfalls schlecht ab.³ Unsere Volksvertreter als arbeitsscheues, geld- und ruhmgeiles Gesocks, das zur Not sogar Doktorarbeiten fälscht?

Politik: Eine Hand wäscht die andere,
und wenn's mit Schmierseife ist.

Ekkehard Fritsch

Rund 45 Millionen Deutsche sind zwischen 25 und 64 Jahre alt,⁴ also im regierungsfähigen Alter. Ließen sich unter dieser ungeheuren Masse keine 50 Leute finden, die es in Sachen Intelligenz locker mit unserer Bundesregierung aufnehmen können und die vor allem integer sind? Menschen also, um die sich nicht permanent Gerüchte von Korruption und Plagiat, fachlicher Überforderung und Verlogenheit ranken?

Sollten wir tatsächlich keine Besseren haben als die Hanseln in der Regierung, so wäre das die größtmögliche Blamage und Bankrotterklärung unseres Volkes.

»Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen«, hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im Wahlkampf 1980 gelästert.⁵ Offenbar haben sich viele (angehende) Politiker seine Worte zu Herzen genommen, denn tatsächlich hatte das Land selten eine derart allumfassende Perspektivlosigkeit wie heute. Schon allein das Grundgesetz mit seinen »ewigen Werten« wie *Menschenwürde* und *Streben nach Glück* wirkt angesichts der Wirklichkeit und der Aussagen der meisten Politiker wie der Wunschkalender naiver Zwölfjähriger.

Längst geht es nicht mehr um Ideen oder Pläne für eine *bessere Welt*, sondern nur um die Verhinderung des Schlimmsten. Arbeitnehmer denken nicht einmal mehr an Verkürzung der Arbeitszeit oder höhere Reallöhne; der bloße Arbeitsplatz gilt als Privileg. Senioren sind schon zufrieden, wenn sie der Altersarmut entgehen, Patienten, wenn sie im Krankenhaus aus Kostengründen nicht draufgehen, und Jungakademiker, wenn sie ein unbezahltes Praktikum erhaschen. Auf der anderen Seite verdoppelt sich das Vermögen der Steinreichen – nur 10 Prozent der hundert reichsten Deutschen haben ihr Vermögen *nicht* erheiratet

oder ererbt, sondern durch ehrliche Arbeit erworben. Sogar dann, wenn sie für zehn Jahre im Koma liegen, werden sie reicher und reicher: Fast scheint es, als habe sich die Evolution umgekehrt, und wir würden in einigen tausend Jahren wieder auf den Bäumen leben – angesichts unseres Systems womöglich noch früher.

Und selbst für den gutwilligsten Demokraten führt die Suche nach den Ursachen der Katastrophe und den Schuldigen zur Wirtschaft. Längst lautet die Frage nicht mehr, *ob*, sondern wie *lange* unsere Marktwirtschaft und ihr System der parlamentarischen Demokratie noch überleben.

Schwarz-Gelb, Rot-Grün, Linkspartei und jetzt auch noch die Piraten: Wenn das grundgesetzlich garantierte Recht der Bürger auf Stimmabgabe für die Partei ihrer Wahl zur »Unregierbarkeit« führt, dann passen Grundgesetz und unsere parlamentarische Demokratie offenbar nicht zusammen. Und nicht wenige aus dem Volk – damals der Dichter und Denker, heute der Duckmäuser und Denunzianten – wünschen sich einen starken Mann. 1933 lässt grüßen.

Dabei kann die politische Klasse nicht sagen, man habe sie nicht frühzeitig gewarnt. Schon im Juli 2008 meldeten sich zwei der brilliantesten politischen Vordenker zu Wort.

So beschrieb Ex-Richter Heribert Prantl in der *Süddeutschen Zeitung* »Das letzte Gefecht der Volksparteien«,⁶ und der Göttinger Politikprofessor Franz Walter analysierte in *Spiegel Online* die Folgen, »Wenn Volksparteien zur Allerweltpartei werden«.⁷ Denn die Logik der Parteien entspricht exakt dem neoliberalen Credo. Die Volksparteien haben längst keine Überzeugungen mehr, um andere dafür zu gewinnen, sondern sie suchen nach Marktlücken für Wählerfang.

Politik: die Führung öffentlicher Angelegenheiten
zu privatem Vorteil, ein Streit der Interessen,
der sich als Wettstreit der Prinzipien aus gibt.

Ambrose Bierce

»Die alten Bindungskräfte dieser Parteien haben stark nachgelassen, sie sind den Menschen nicht mehr, wie früher, eine politische Heimat, sondern eine Art Hotel: die Leute kommen und gehen – und bleiben immer öfter ganz weg. Sie finden dort nicht mehr, was sie jahrzehntelang gefunden haben: Grundorientierung. Das liegt nicht nur, aber auch an diesen Parteien.«⁸

Oder mit anderen Worten: »Gefordert und versprochen wird, was die meisten Stimmen verspricht: Nur keinen vor den Kopf stoßen: Immer stärker biedern sich die großen Parteien der sogenannten Mitte an und verzichten auf klare Wertvorstellungen. Die Beliebigkeit löst Loyalitäten und Machtgefüge auf, Populisten wittern ihre Chance. Ist die bürgerliche Industriegesellschaft dem Untergang geweiht?«⁹

Prantl bringt dies unmittelbar mit der sozialen Gerechtigkeit in Verbindung:

»... spektakulär ist die Bedeutung dieser Wahlen: Es handelt sich für SPD und CDU, für die ehemals großen Volksparteien, um das letzte Gefecht in dieser Rolle. Beide Parteien waren Volksparteien, und sie sind es immer weniger ... Wie viel Volk braucht eine Volkspartei? Wenn 73 Prozent der deutschen Wahlbevölkerung die Verhältnisse in Deutschland als ungerecht betrachten und zugleich eine große Mehrheit glaubt, dass es ihr in zehn Jahren nicht besser, sondern

schlechter gehen wird, dann ist das eine gewaltige Misstrauenskundgebung gegen die Volksparteien.«

Und dieses Misstrauen ist statistisch belegt: »Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung geben eine Vorahnung von den Spaltungslinien der Gesellschaft: die Ungleichheit verschärft sich; die beispiellose Zunahme an Gleichheit, die Deutschland wie alle westlichen Länder im interkulturellen Vergleich seit dem 19. Jahrhundert erlebt hat, ist gestoppt; die soziale Dynamik der fünfziger Jahre, als in der Nachkriegsgesellschaft Millionen Menschen bei null anfangen mussten, hat sich längst erschöpft; die Bildungsoffensive der siebziger Jahre, als die Kinder kleiner Handwerker und strebsamer Facharbeiter zu Hunderttausenden auf der Strickleiter, die ihnen das BAföG geknüpft hatte, nach oben kletterten, gibt es nicht mehr.«

Und weiter: »Das Projekt sozialer Aufstieg ist beendet. Chancen für alle, Wohlstand für alle: Es waren dies die strahlenden Großunternehmungen der beiden Volksparteien. Neue Großprojekte der Befriedung, der Integration und der politischen Leidenschaft haben sie bisher nicht bieten können; die Desintegration nach Hartz IV hält an ... Die politische Zukunft der bisherigen Großparteien wird ... davon abhängen, ob ihnen ein glaubwürdiger Kurs gelingt, der Anschluss an die gesellschaftspolitischen Grundstimmungen findet.«¹⁰

Aber wie soll das gehen – vor allem bei diesem Personal? Wie kann es sein, dass im Jahr 2012 der 93-jährige Ex-Kanzler Schmidt als der beliebteste deutsche Politiker galt, nur knapp gefolgt vom 92-jährigen Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker?

Unabhängig von der allgemeinen Zweifelhaftigkeit von Beliebtheitsumfragen: Allein die Frage nach einem Fanclub für die Merkels, Pofallas und Seehofers, Gabriels, Steinbrücks

und Nahles, Roths, Trittins und Kippings würde bei der Bevölkerung Hohngelächter auslösen.

Dabei wäre es zu einfach, unsere Politiker pauschal als inkompetente Stümper einzuschätzen. Einige sind vielleicht gar nicht so dumm und unfähig.

Der Politik ist eine bestimmte Form der Lüge fast zwangsläufig zugeordnet: das Ausgeben des für eine Partei Nützlichen als das Gerechte.

Carl Friedrich von Weizsäcker

Warum wohl wurde die 2004 von Deutschland unterzeichnete UN-Konvention, die Korruption umfassend und nicht nur beim Abstimmen unter Strafe stellt, vom Bundestag noch immer nicht umgesetzt?

Warum wohl gibt es bis heute kein Gesetz zur »Straftat Geldverbrennung« (Heribert Prantl), so dass die Verantwortlichen und Gewinner der Finanzkrise sich auf Kosten des Steuerzahlers weiterhin einen vergoldeten Lenz machen können? Die meisten Bankster und Börsenbetrüger verzeichnen teilweise nicht einmal geringste Abstriche, sondern sogar einen Zuwachs ihrer irrwitzigen Einkünfte. Auch hier gilt: Bankraub war gestern, heute geht es um Investmentbanking und Spekulation.

Und die Politik verhindert dies nicht, sondern unterstützt es. Warum wohl? Aber was erwarten wir: dass sich unsere Volksvertreter einen Zettel »käuflich« an die Stirn heften?

Dabei sind diese Figuren selbst nur Produkte des Systems der freien Marktwirtschaft. Und dieses System erlebt seit Beginn

der Finanzkrise einen unaufhaltbaren Abstieg, einen Tod auf Raten. »Nach langer schwerer Krankheit verstorben«, wird es irgendwann heißen.

Und das zu Recht: Eben noch wurden staatlicher Einfluss und soziale Marktwirtschaft als »DDR ohne Mauer« verhöhnt, kurz darauf erpressen dieselben Marktradikalen insgesamt billionenschwere Hilfspakete von ebendiesem verhassten Staat.

Der Philosoph Robert Misik schreibt dazu: »Der Neoliberalismus hat der Welt das größte globale Desaster seit Hitler und Stalin beschert. Tolle Bilanz.«¹¹

Tatsächlich hat derselbe Staat, der weder dem Nachwuchs ein Minimum an Bildung zu sichern noch den Armen ein menschenwürdiges Existenzminimum zu garantieren beabsichtigt, Abermilliarden für die Zocker und Bankster übrig. »Selbsteilungskräfte des Marktes« sehen anders aus. Auch Altkanzler Helmut Schmidt konstatierte »eine unerhörte Fahrlässigkeit der politischen Klasse insgesamt, die sich leichtfertig auf die Illusion einer selbsttätigen Heilungskraft der Finanzmärkte verlassen hat, statt rechtzeitig einzugreifen«.¹²

Eigentlich soll die Wirtschaft ja den Menschen dienen, aber als zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht am 11. September 2012 den Euro-Rettungsschirm ESM genehmigte,¹³ da sprach niemand über die Bedeutung für Europas Bevölkerung, stattdessen fast jeder über das »Vertrauen der Märkte«:

»Die Börsen feiern das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zugunsten des Euro-Rettungsschirms ESM. Christian von Engelbrechten, Fondsmanager des Fidelity Germany Fund, glaubt, dass das Vertrauen der Märkte und Unternehmen dadurch nachhaltig gestärkt wird.«¹⁴

Heribert Prantl schreibt dazu in der *Süddeutschen Zeitung*: »Die Euro-Rettung geschieht nicht in Solidarität mit den Nicht-Betuchten. Sie ist eine ver-rückte Rettung. Mit der Rettungsemantik wird suggeriert, es ginge um die Menschen. Gerettet werden aber Schuldverhältnisse, Finanzbeziehungen, Machtgefüge, Wirtschaftssysteme; sie sollen überleben. Ob und wie Menschen dabei überleben, ist sekundär.«¹⁵

Zwangsläufig springen dabei auch die letzten Reste des demokratisch-parlamentarischen Systems über die Klinge. So forderte Wolfgang Schäuble im Oktober 2012 für die EU einen Super-Sparkommissar (*Spiegel*), »der ganz allein die Macht hat, nationale Haushalte abzulehnen – auch nachdem sie schon von einem nationalen Parlament beschlossen wurden. Um den Vorwurf des Demokratiedefizits zu entkräften, sollen flankierend auch die Europa-Parlamentarier mehr mitreden dürfen, allerdings nur die Abgeordneten aus den Euro-Ländern.«¹⁶

Wie unverschämt unsere Politiker und die sie schmierenden Reichen und Mächtigen andererseits mit unserem Geld umgehen, bewies Anfang 2013 der Bundesrechnungshof. Was den Ärmsten fehlt, fließt als Edelchampagner in die Badewannen der steinreichen Parasiten.¹⁷

Übrigens: Es ist zu Recht verboten, »klammheimliche Freude« über einen Terroranschlag zu äußern. Aber ist es auch verboten, mit Schampus anzustoßen, wenn ein Kotzbrocken auf einem Stück Seife ausrutscht? »Taktlos«, werden die katholischen Kinderschänder zum Beispiel vom Berliner Canisius-Kolleg sagen. Aber strafbar ist es nicht.